

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der

Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Ungezogene Anzeigen im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gespaltene Nonpareilzeile über deren Raum mit 60 Pfg., die Restzeile mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1872. Druck und Verlag: Mülbacher Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 78

Nastätten, Dienstag, den 5. Juli 1921

44. Jahrgang

Wirtschaftliche Tagesfragen.

Auf dem 2. Nassaulischen Bauerntag in Usingen führte Reichstagsabgeordneter Sepp, Vorsitzender des Reichslandbundes, unter anderem folgendes aus:

„Durch das Sinken der Frachtsätze für überseeisches Getreide und durch die bevorstehende günstige Weltgetreideernte sind die Preise für ausländisches Getreide stark zurückgegangen. Demgegenüber steht eine gewaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten in Deutschland. Infolgedessen können wir eine Annäherung der Inlandspreise an die Auslandspreise feststellen. Trotzdem sucht die Regierung immer noch an der Zwangswirtschaft festzuhalten; diese muß und wird aber in diesem Jahre zusammenbrechen.“

Als Selbstverforgerration sind 86 Mio Brotgetreide je Kopf und Jahr vorgesehen; dagegen werden wir unter allen Umständen Front machen und besonders für die kleineren bäuerlichen Betriebe höhere Selbstverforgerrationen verlangen, und zwar besonders mit Rücksicht darauf, daß der Landwirt bei der Befruchtung von landwirtschaftlichen Arbeitern und Tagelöhnern mit dieser geringen Menge nicht auskommen kann.

Milch. Die Butter ist restlos frei. Dagegen sind die Bestimmungen für die Milchwirtschaft unannehmbar. Für uns gibt es nur freie Wirtschaft und Lieferverträge auf vollständig freier Grundlage. Seit Einführung der freien Butterwirtschaft sind in Berlin die Preise für Butter von 35 bis 40 Mk. je Pfund auf 20—25 Mk. je Pfund gesunken.

Branntweinmonopol. Das neue Branntweinmonopol enthält besonders für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe große Gefahren. Es wird daher zu beantragen sein, daß diese gewerblichen Nebenbetriebe besonders berücksichtigt werden.

Düngemittel. Die Preise für Stickstoffdüngemittel sind in letzter Zeit wieder erhöht worden. Wenn die Landwirtschaft aber die verbrauchende Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln versorgen soll, dann müssen vor allen Dingen die Preise für die Produktionsmittel niedriger werden. Erfreulicherweise sind die Preise für phosphorsäurehaltige Düngemittel durch staatlichen Zuschuß um ein Drittel verbilligt worden.

Arbeiterfrage. Die Arbeiterfrage ist zurzeit eine der wichtigsten Fragen der Landwirtschaft. Seit der Revolution haben sich die alten Verhältnisse von Grund auf geändert, besonders durch die Neugestaltung des Arbeiterrechts und die Neuregelung des Arbeitsnachweises. Besonders die Vorschläge für die Neuregelung des Arbeitsnachweises sind für die Landwirtschaft von Interesse. Es wird nämlich versucht, der ganzen Frage eine einheitliche Gestaltung zu geben. Die landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitsnachweise (z. B. den Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für landwirtschaftliche Arbeiter) will man beseitigen; das heißt, soll den provinzialen Arbeitsnachweisen das Besondere wegsuchen und den allgemeinen Arbeitsnachweis zum Lesen werden. Der Arbeitsnachweis soll das Recht bekommen, jede freie Stelle von sich aus besetzen zu können. Auf diese Weise soll es dem Landwirt überhaupt unmöglich gemacht werden, darüber zu bestimmen, wen er als Arbeitnehmer bekommt. Dieser geplanten Neuregelung kann die Landwirtschaft unter keinen Umständen zustimmen: sie verlangt, daß die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise beibehalten werden.

Durch das Ultimatum der Entente sind dem deutschen Volke unermessliche Leistungen auferlegt worden. Zunächst die weitere Entwaffnung, besonders der stillen Festungen, und weiterhin wirtschaftliche Leistungen. Diese betragen jährlich 40 bis 50 Milliarden Mark, und zwar setzen sie sich zusammen: 1. aus der festen Leistung von zwei Milliarden Goldmark jährlich — 30 Milliarden Papiermark, und 2. aus einer variablen Leistung auf die Ausfuhr, die gegenwärtig 1,25 Milliarden Goldmark ausmacht. Dazu kommen noch die ungeheuren Besatzungslasten.

Die Arbeitnehmerverbände im Reichswirtschaftsrat haben erklärt, daß es ausgeschlossen ist, derartige Leistungen zu vollbringen. Auf welche Weise plant nun die Regierung, diese Aufgaben zu erfüllen? Nach den Erklärungen des Reichslandbauers Dr. Wirth im Reichswirtschaftsrat sollen die Acker- und Rindfleischsteuer erhöht werden.

hört werden. Eine Kapitalverkehrssteuer soll eingeführt und die Getränkesteuer weiter erhöht werden. Vor allen Dingen ist an eine ungeheure Belastung des Grundbesitzes gedacht. Es geht das Gerücht, wonach eine 20prozentige Zwangshypothek auf den Grund und Boden eingetragen werden soll; dabei soll eine Bewertung des Grund und Bodens nach dem Friedensstand mal das 15fache angenommen werden. Sollte dieses Projekt durchgeführt werden, so bedeutet dies die Sozialisierung und den Untergang der Landwirtschaft.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß der Landwirtschaft auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft noch schwere Zeiten bevorstehen. Deshalb ist die bäuerliche Organisation für die Zukunft noch viel nötiger als bisher. Infolgedessen muß jeder Landwirt, der bis jetzt noch abseits gestanden hat, herein in die Organisation; denn auch die Außenstehenden nehmen an ihren Errungenschaften teil. Die Bauernschafts-Organisation ist nicht nur eine Interessenvertretung eines Standes, sondern sie hat sich zur Aufgabe gesetzt, beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes an erster Stelle mitzuarbeiten.“

Der 4. Juli.

Der 4. Juli, der Tag der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, an welchem sich die ehemaligen britischen Kolonien vor 150 Jahren von ihrer Mutterlande England löst, wird drüben in diesem Jahre mit besonderem Glanze gefeiert werden. Im vorigen Jahre wurde der nordamerikanische Nationalfeiertag durch die Krankheit des Präsidenten Wilson und die Unsicherheit der Ziele der auswärtigen Politik beeinträchtigt. Jetzt ist ein neuer Präsident da, und die Richtlinien seiner Politik sind von der Bevölkerung im allgemeinen gebilligt worden. Amerika will nach jeder Seite hin selbständig seine Interessen wahren, aber die Beziehungen zur Entente nicht aufgeben, besonders nicht zu England und auch nicht zu allen englisch sprechenden Völkern. Ein großes, dunkles Fragezeichen schwebt nur über den Möglichkeiten, die sich in der Zukunft zwischen Japan und Amerika ergeben könnten. Die Sorge deswegen ist aber bei dem heutigen Stande der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten und der nordamerikanischen Kriegsflotte nicht allzu groß.

Vielleicht erhält der 4. Juli für uns noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß zu diesem Tage auch die Wiederherstellung des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich durch den Präsidenten Harding proklamiert wird. Tatsächlich sind die Friedensbeziehungen ja zwischen den beiden Staaten schon wieder hergestellt, es kann auch eine kurze Verschiebung der offiziellen Feststellung nichts an den Bedingungen ändern, die durch den Waffenstillstand vom 11. November 1918 bereits für Amerika festgesetzt sind, aber die baldige Wiederaufnahme der direkten diplomatischen Beziehungen ist doch erwünscht. Es liegen noch zahlreiche Angelegenheiten des praktischen Handelsverkehrs vor, deren Regelung ohne gegenseitige Verständigung nicht wohl möglich ist. Wenn auch der Stand der deutschen Reichsmark im Verhältnis zum amerikanischen Dollar heute ein klägliches ist, bleiben wir in der Hauptsache doch immer auf die Vereinigten Staaten angewiesen.

In den Betrachtungen der amerikanischen und englischen Presse zum 4. Juli wird die Teilung der Welt (oder der Meere) zwischen den beiden angelsächsischen Nationen nicht unerörtert bleiben, wenn es sich bei dieser Frage auch nur um eine theoretische Angelegenheit handelt. Aber sie ist nun einmal aufgeworfen, seitdem die Erneuerung des Bündnisses zwischen England und Japan zur Debatte steht, und wird schwerlich wieder ganz von der Bildfläche verschwinden. Es war bekanntlich behauptet, Amerika wolle England das ganze Gebiet des Atlantischen Ozeans überlassen und sich auf den Stillen Ozean zurückziehen, wenn in London auf die Verlängerung der Allianz mit Japan verzichtet würde. Lloyd George und sein Kollege Chamberlain haben in mehrfachen Neben Anlaß genommen, zu betonen, daß sie die Überzeugung hätten, das Bündnis mit Japan in einer Form erneuern zu können, die in Amerika keinen Aufstoß erregen würde. Ob es gelingen wird, diese harte Nut zu kneten, muß der Zukunft vorbehalten bleiben.

Friede mit Amerika.

Annahme im Repräsentantenhaus.

In aller kürzester Zeit wird der Friedenszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zur Tatsache geworden sein. Das Repräsentantenhaus hat den Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, derzufolge der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich beendet wird, angenommen.

In dieselbe sind fünf verschiedene Bestimmungen, insbesondere über das Eigentum der Deutschen in Amerika, aufgenommen. Die Resolution wird nunmehr dem Senat vorgelegt werden, der sie voraussichtlich ohne längere Debatte annehmen und dem Präsidenten Harding zustellen wird. Am 4. Juli dürfte dann die Resolution in Wirklichkeit treten. Es heißt, daß, sobald der Friedenszustand hergestellt ist, die amerikanischen Truppen aus Deutschland zurückgezogen werden. Nachdem Deutschland seinen Willen zur Erfüllung der Ententebedingungen erwiesen habe, bestreite kein Bund mehr für eine weitere Verwendung der Truppen in Europa.

Endgültige Annahme im Senat.

Nachdem am Donnerstag das Repräsentantenhaus in Washington die neue vereinigte Friedensresolution Knox-Porter mit 265 gegen 59 Stimmen angenommen hatte, beschloß am Freitag auch der amerikanische Senat den Wiedereintritt des Friedenszustandes mit Deutschland und Oesterreich mit 88 gegen 19 Stimmen. Senator Branding erklärte in der Debatte, daß die Abberufung der amerikanischen Rheintruppen bevorstehe. Man erwartet die Unterzeichnung und Ratifizierung der Friedensresolution durch den Präsidenten Harding noch Sonnabend oder Montag, den 4. Juli.

Die angenommene Vermittlungsresolution Porter-Knox, die am Freitag den Kriegszustand mit Deutschland beendet, ist noch am Freitag dem Präsidenten Harding zugegangen.

Ausnahme der Handelsbeziehungen.

Präsident Harding will sofort nach Annahme der Friedensresolution die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland beagnen. Danach soll die Schädigung der deutschen Industrie durch die neue Zollbill gemildert werden können; da der Präsident weitreichende Befugnisse besitzt.

Wieder fünf Noten!

Die Garantiekommision in Tätigkeit.

Das Garantiekomitee hat im Anschluß an die Beratungen mit Vertretern der deutschen Regierung auf die deutschen Vorschläge in fünf Noten geantwortet. In der ersten Note werden die deutschen Vorschläge über die nach dem Zahlungsvorplan vom 5. Mai erforderlichen Lieferungen unter gewissen Vorbehalten angenommen. Es sind an Barzahlungen außer der am 31. August fälligen Milliarde Goldmark noch 800 Millionen Goldmark vorgelesen. Die übrigen Summen sollen durch Sachleistungen und durch die Ausfuhrabgaben aufgebracht werden. Bedingung ist natürlich, daß diese Summen den veranschlagten Betrag erreichen. Auch die Notwendigkeit zur Festigung des Marktkurses wird betont.

Zu der Ersetzung des Ausfuhrindex durch einen anderen Wertmesser wird in der zweiten Note Stellung genommen. Die endgültige Entscheidung soll von deutschen Vorschlägen abhängig gemacht werden. In der dritten Note behält sich die Kommission das Recht vor, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von 28 Prozent zu verlangen, wenn die anderweltige Beschaffung dieser Devisen zu Schwierigkeiten führen sollte. Die vierte Note erklärt, daß man auf die Verschreibung der Zölle nicht verzichten könne, trotzdem von der deutschen Regierung ein Ersatz durch gewisse Steuern vorgeschlagen sei. Jedoch genügt bis auf weiteres bei der Veränderung der Zollsätze eine Mitteilung hierüber an die Kommission. In der fünften Note gibt die Kommission bekannt, in welcher Weise sie die richtige Feststellung der Ausfuhrziffern und Einnahme der Zölle und Steuern zu überwachen gedenkt.

Die Erfüllung des Vertrages.

Eine weitere Frist eingehalten.

Mit dem 30. Juni ist die Frist für die Erfüllung einer Reihe wichtiger Bedingungen des Ultimatums abgelaufen. Bis zu diesem Tage waren die Selbstschutzorganisationen aufzulösen, war die Ablieferung der sämtlichen von den Selbstschutzorganisationen angemeldeten Waffen durchzuführen und waren die Bestände von Sprenggeräten abzuliefern, welche die von den Kontrollkommissionen festgesetzten Höchstzuweisungen überschreiten. In allen drei Punkten ist die Frist eingehalten worden.

Die Pariser Wiederaufbau-Versprechungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen unter dem Vorsitz Poucheux beschäftigten sich mit einem Projekt, das die Art der Einschätzung der deutschen Materiallieferungen bestimmt. Dr. Guggenheimer ist noch am selben Abend nach Berlin abgereist, um das Projekt der Reichsregierung zu unterbreiten.

Die Garantiekommision hat nach vierzehntägigem Aufenthalt Berlin wieder verlassen und ist nach Paris zurückgekehrt. In Koblenz hatte sie ihre Rückreise unterbrochen, um sich mit der Rheinlandkommission zu beraten.

Die Entschädigung für die zerstörten Zeppeline.

Cambon als Präsident des Botenratrates und der Pariser deutsche Botschafter Dr. Mayer haben ein Protokoll über die Entschädigungen unterzeichnet, die Deutschland für die sieben im Jahre 1918 noch vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages zerstörten Zeppelin-Luftschiffe zu leisten gezwungen worden ist. Diese Entschädigungen sind:

1. Auslieferung der Luftschiffe „Vodensee“ und „Nordstern“ an Italien und Frankreich. Die Auslieferung ist bereits erfolgt.
2. Uebergabe der Pläne der zerstörten Luftschiffe an die Kontrollkommission, die den Wert der zerstörten Luftschiffe festsetzen wird. Die deutsche Regierung muß entweder den Betrag der zerstörten Luftschiffe zahlen, oder ähnlich gebaute Luftschiffe liefern.

Amnestie für die Polen.

Zur „Milderung der Gegenjagd“.

Die Interalliierte Kommission in Lypeln hat in ganz Oberschlesien durch Anschlag einen Erlaß bekannt gegeben, durch den nach der Ausräumung des Abstimmungsgebietes durch die Polen und die Deutschen eine Amnestie für alle ungesetzmäßigen Handlungen gemährt wird. Ausgenommen sind nur solche Handlungen, die aus gewinnstüchtiger Absicht, aus Rache oder Grausamkeit begangen sind. Auch werden alle Personen davon ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt im Besitze von Schusswaffen und Explosivstoffen angetroffen werden. Gleichzeitig wird die Bevölkerung aufgefordert, in Ruhe die Entscheidung des Obersten Rates abzuwarten.

Die Bekanntmachung hat in der deutschen Bevölkerung natürlich große Erregung hervorgerufen, da diese sich sehr völlig schmerzlos gegen die polnischen Übergriffe fühlt. Die Sorge wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß viele Kongreßpolen, besonders Hallerfeldaten in voller militärischer Ausrüstung, in den geräumten Gebieten zurückbleiben, angeblich, weil sie sich bei den Bauern als Knechte verdingt haben. Die Erregung ist um so verständlicher, als man nach den Ausführungen Lloyd Georges im Unterhaus erwartet hatte, daß die Anführer des Aufstandes zur Verantwortung gezogen werden würden.

Der sechste Kriegsbeschuldigten-Prozess.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde der Zeuge Generalmajor a. D. Neubauer vernommen, der der nächste Untergebene des Generals Stenger gewesen war. Er erklärte, daß über das heimtückische Schießen der Verwundeten und der in den Bäumen versteckten große Erbitterung in der Truppe geherrscht habe. Man

habe den Eindruck gehabt, daß die Franzosen in dieser Kampfesart instruiert worden seien. Von einem Befehl, Gefangene oder Verwundete zu töten, habe er niemals etwas gehört. Als Major Crusius auf Aufforderung des Vorsitzenden seine Aussage wiederholt, daß auf der Straße nach St. Barbe in Gegenwart des Zeugen der Befehl gegeben sei: Es wird kein Pardonn gegeben, bestreitet General Neubauer entschieden, jemals einen derartigen Befehl erhalten oder gehört zu haben. Major Crusius habe sich in einem ganz verzweifeltsten Zustand befunden und auf ihn den Eindruck eines Wahnsinnigen gemacht. Auch der Zeuge Generalleutnant a. D. Eckermann erklärt, daß ein schriftlicher Befehl des Generals Stenger niemals bestanden habe, und daß ihm von einem mündlichen nichts bekannt gewesen sei. Er aber habe von einem solchen Befehl in erster Linie erfahren müssen.

Der Sachverständige Dr. med. Döhner befand sich gleichfalls, daß sich Major Crusius in einem äußerst erregten Zustande befunden habe und seinen Zeugen gegenüber habe, sie sollten den Brigadobefehl ausführen und die Verwundeten erschließen. Diese hätten sich aber geweigert. Der Feind aber habe damals das rote Kreuz nicht berücksichtigt. Auf diese Art sei eine Sanitätskolonne fast völlig vernichtet worden.

Bei den weiteren Verhandlungen werden verschiedene elässliche Zeugen vernommen, deren Aussagen den Eindruck geringerer Glaubwürdigkeit machten. Der Tagelöhner Dietrich, der zum 112. Regiment gehörte, will gehört haben, wie der General Stenger bei St. Barbe gesagt habe: Es werden keine Gefangenen gemacht, Verwundete sind niederzumachen. Der Zeuge Kleinhaus, der im Verdacht der Fahnenflucht steht, gab dann die Schilderung eines Vorfalls, bei dem der General Stenger einen Unteroffizier, der mit drei Gefangenen an ihm vorbeigekommen sei, gefragt habe, ob er den Brigadobefehl nicht kenne. Ein Offizier sei später auf eine Bemerkung des Generals hin zurückgetreten. Kurze Zeit darauf habe man Schüsse fallen hören. Der Zeuge Generalmajor Neubauer bezeichnete diese Schilderung als gemeine Lüge. Als der Präsident dann den General Stenger hat, sich zu äußern, protestierte dieser heftig gegen die Zeugenaussagen. Von der Verlesung weiterer Aussagen elässlicher Zeugen wurde Abstand genommen, da weitere Zeugen noch vernommen werden sollen.

Zu der heutigen Sitzung sind weitere 15 Zeugen geladen, meistens Reichsdeutsche, auf deren Aussagen man gespannt sein darf, nachdem die Aussagen der elässlichen Zeugen für den General Stenger belastend waren.

Der Präsident bezeichnet es am Anfang der Sitzung als unzulässig, daß im Gebäude verschiedene Schmähsungen gegen die elässlichen Zeugen ausgesprochen seien. Nach Aufruf und Vereidigung der neuen Zeugen erbietet sich der Verteidiger des Majors Crusius, eventuell als Zeuge auszusagen. In einem Brief, der verlesen wird, und den der Zeuge Wegmayer aus Freiburg i. Br. an den Major Crusius auf dessen Anfrage gerichtet hat, heißt es, daß sich der Schreiber nicht mehr an die Vorgänge am 26. August 1917 erinnern könne. Wohl aber entsinne er sich eines Befehls am 21. August 1914, nach dem keine Gefangene gemacht werden sollten.

Die Aussagen der deutschen Zeugen lauten denn auch wesentlich anders als die der elässlichen Deserteure. Einige wollen eine Neuformung des Generals Stenger gehört haben, daß solche Gefangene, die hinterrücks auf die vorrückenden Deutschen geschossen hätten, erschossen werden müßten. Von einem Befehl des Generals, mehrfache Gefangene zu erschließen, hat keiner der deutschen Zeugen etwas gehört.

Major Crusius unzurechnungsfähig?
Am 4. Verhandlungstage wird zunächst Dr. med. Sängler vernommen, der am 26. August 1914 eine Sanitätskolonne führte. Es sind ihm an diesem Tage auch zwei französische Alpenjäger eingeliefert worden. Am Abend habe General Stenger befohlen, alle Verwundeten zurückzutransportieren. Als er einige Stunden später auch die beiden Alpenjäger mit zurücktransportieren lassen wollte, habe ein Unteroffizier gesagt: die hat Hauptmann Crusius erschließen lassen.

Geheimer Medizinalrat Dr. Anton äußert sich dann als ärztlicher Sachverständiger über den Angeklagten Crusius. Die Untersuchung des Crusius habe ergeben, daß seine Pupillen sehr langsam reagierten, so daß der Verdacht einer beginnenden Paralyse aufkam; es sind aber keine Anzeichen von Syphilis gefunden worden. Die Stimmung wechselte bei ihm ständig, ein steter Wechsel zwischen Depression und dann gesteigerter hemmungsloser Tätigkeit. Er ist intelligent, aber jeden Schwankungen seines Nervensystems unterworfen. Sein Diener kann nicht verschweigen, daß Crusius schon im Jahre 1912 dem Alkohol manchmal erlegen ist. Der Sachverständige kommt zu dem Schluß, daß sich Crusius am 26. August in einem Zustande geistiger Verwirrung im Sinne des Paragraphen 51 des Reichsstrafgesetzbuches befunden hat.

Die folgenden Zeugenaussagen ergaben in der Angelegenheit Crusius keine neuen Momente mehr, die für die Beurteilung des Falles von Bedeutung wären.

Vorspiel zum nächsten U-Boot-Prozess.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ sollen in London in der nächsten Woche zwei Frauen zum Mordprozeß gegen die deut-

schcn U-Boot-Ostflotiere Volbt und Dittmer vernommen werden. Die Zeugenaussagen werden schriftlich niedergelegt werden, da die Zeugen nicht in der Lage sind, an den Verhandlungen in Leipzig persönlich teilzunehmen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 30. Juni 1921.

Heute fand sich die deutsche Volksvertretung nach eintägiger Pause wieder am Königsplatz zusammen. Im Saale herrschte schon Ferienstimmung. Die Abgeordneten wollen auch nicht mehr lange die Berliner Luft atmen, in acht Tagen geht es in die Ferien und erst wenn die Nächte länger und die Tage kürzer werden, wollen die Reichsboten wieder an die Gesetzesarbeit gehen.

Der erste Punkt der Tagesordnung, kleine Anfragen, wird im Handumdrehen erledigt. Nur die Beratung über die Verwendung der ehemaligen Militär-Bildungsanstalten gibt Anlaß zu einer kleinen Debatte. Kurz und bündig geben die Vertreter der Parteien eine Erklärung ihrer Schulansichten ab. Die Simultan Schule, die konfessionelle Schule, Deutschnationale, Volksparteiler, Bayern und Zentrum sind für die letzteren, die übrigen Parteien geben der Simultan Schule den Vorzug. Für die Unabhängigen sprach der ehemalige Berliner Schulratsamwärtter Löwenstein. Man einigte sich dann auf den neutralen Antrag des Ausschusses, daß die Eltern bestimmen sollen, welche Schulen, ob konfessionell oder simultan, die Kinder besuchen sollen.

Interpellation über die Sanktionen.

Nachdem der Reichstag sich mit Nachtragshaushalten beschäftigt und die Beratung darüber abgeschlossen hat, kommt der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation der Deutschen Volkspartei zur Aufhebung der Sanktionen, zur Besprechung. Die Begründung der Interpellation übernimmt Abg. Dr. Rapp von der D. Vp. Er entwirft das durch die nur auf der brutalen Gewalt beruhenden Sanktionen geschaffene Bild schwerster wirtschaftlicher Schädigung für Deutschland. In der französischen Kammer sei erklärt worden, daß man die Sanktionen ausrecht erhalten müsse, um das Kabinett Birth zu schützen. Eine solche Begründung habe wohl niemand in ganz Europa erwartet. Redner fordert die sofortige Aufhebung der Sanktionen, die lediglich auf brutaler Gewalt beruhten.

Erklärung der Regierung.

Für die Regierung spricht der deutsche Außenminister Dr. Rosen. In seiner ersten Rede im Reichstag hat er die besondere Gelegenheit, gegen ein schweres Unrecht der Entente zu protestieren. Unbedingt müssen die Sanktionen, jetzt, wo wir mit autem Gewissen sagen dürfen, unsere Verpflichtungen erfüllt zu haben, aufgehoben werden, das ist der Tenor der Ausführungen des Ministers. Der französische Standpunkt, die Sanktionen sind aufrecht zu erhalten, ist durchaus unhaltbar. Als dann Rosen das gute deutsche Recht betont und warme Worte für das tapfer Verhalten der Rheinländer findet, geht losender Beifall durch das Haus.

Nachdem noch der Sozialdemokrat Sömann die Aufhebung der Sanktionen verlangt hatte, vertagte sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

Das Unrecht der Sanktionen.

Heute ist Freitag, also erleben wir zunächst wieder einmal das wenig riedliche und äußerst uninteressante Frage- und Antwortspiel der „kleinen Anfrage“. Dann wird die Aussprache über die Sanktionen fortgesetzt, aber auch jetzt wird das Haus noch nicht voller.

Als erster spricht der rheinische Rechtsanwält Dr. Vell vom Zentrum. Eindringlich schildert er die verheerenden Folgen, die die völlig rechtswidrigen Sanktionen für sein Heimatland wie für das ganze Vaterland haben. Trotz alledem bleibt die rheinische Treue über alle Anfechtungen erhalten, im Gegenteil schwillt durch die Gewaltmaßnahmen der Haß gegen Frankreich immer mehr an.

Für die Deutschnationalen spricht der Wadenser Dr. Reichert. Er schildert, wie von jeder Frankreichs Westküste war, das linke Rheinufer zu gewinnen, und wie es auch jetzt alles darauf anlegt, wie es mit Ackerbrot und Weistide, mit der „friedlichen Durchdringung“ und mit den „Sanktionen“ arbeitet, wie es keine Gelegenheit vorbeizugehen läßt, uns zu knechten und zu unterdrücken. Mit Recht haben die Sanktionen nichts zu tun, hier handelt es sich nur um gemeines Verbrechen, Gewalttat und Erpressung. Die verheerenden Wirkungen der Zollwangsmaßnahmen läßt er an unterem Auge vorüberziehen. Er ruft nach dem starken Manne in der Reichsregierung, es sei höchste Zeit, daß etwas geschehe.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Nachdem das Gesetz über den Staatsgerichtshof mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden ist, wird die Debatte wieder aufgenommen.

Der Außenpolitiker der Unabhängigen, Abg. Dr. Breitheid, schlägt einen bei der bisherigen Haltung seiner Partei sehr bemerkenswerten Ton an. Er weiß sich mit dem Vorredner in der entscheidenden Korrekturen nach Aufhebung der Sanktionen einig und bekämpft den französischen Imperialismus. Er findet sogar lobende Worte für die Reaktion, die seiner An-

sicht nach alles getan habe, um den guten Willen der Entente zu beweisen.

Der Demokrat Dr. Koch, der frühere Reichsminister des Innern, wünscht eine geschlossene Haltung des deutschen Parlaments in solchen Fragen. Auch seine Worte bilden eine einzige Anklage Frankreichs, das sich mit allen Mitteln des Rheinflandes zu bemächtigen suche.

Annahme des Lohnsteuergesetzes.

— Berlin, 2. Juli 1921.

Die Aussprache über die Sanktionen ist gestern abend beendet worden. Heute werden zunächst einige kleinere Vorlagen ohne Debatte erledigt, die meisten gehen an Ausschüsse. Hierbei wurde fast ohne jede Debatte so nebenbei, fast ohne daß man es erwartet, auch das Lohnsteuergesetz in der Ausschussfassung angenommen. Den Hauptteil der heutigen Debatte nehmen zwei von den Bergarbeiterführern Zmbusch (Ztr.) und Rosemann (U. S.) eingebrachte Interpellationen über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Genis

ein. Abg. Zmbusch (Ztr.) berichtet über das Ergebnis der Untersuchung, die die parlamentarische Untersuchungskommission ange stellt hat, fest steht danach nur, daß eine gewalttätige Kohlenstaubexplosion erfolgt ist, wahrscheinlich infolge eines Sprengschusses. Abg. Pieper (U. S.) meint hierzu, daß die Katastrophe nicht so furchtbar hätte werden können, wenn alles in Ordnung gewesen wäre. Das Grundübel sei das kapitalistische System.

Reichsarbeitsminister Dr. Brandt sieht eine wichtige Maßregel zur Vergütung derartiger Katastrophen in der eingehenden und vollständigen Ausbildung der Arbeitskräfte, an der dauernd gearbeitet wird. Die älteren Arbeiter, und besonders die Betriebsräte, sollten auf die jüngeren erzieherisch einwirken, damit die Sicherheitsvorschriften auch eingehalten werden. Dasselbe bahnt sich auch hier in ersprießliches und segensreiches Zusammenwirken zwischen Betriebsräten und Betriebsleitungen an.

Genauere Einzelheiten über die Betriebsverhältnisse auf der Zeche Mont Genis gibt dann Verghauptmann Hagfeld. Es handele sich um eine Kohlenstaubexplosion, die nur durch einen Dynamitstich verursacht sein kann. Der Sturz kann nur an einer Stelle abgegeben worden sein, an der dies nicht zulässig war. Als Gegenmaßnahme sind sorgfältige Verriegelung und die reißlose Einführung elektrischer Grubenlampen nötig. Mit der Einführung einer Grubenrichtsicherheitsregierung sei die preussische Regierung einverstanden.

Der Düsseldorfener Deutschnationale Koch und besonders der alte Bergmann Winnefeld von der Deutschen Volkspartei treten dafür ein, daß parteipolitische Momente hier ausschließen müßten. Bevor die Untersuchung nicht beendet sei, solle man niemandem die Schuld zuschieben. Es stehe fest, daß im allgemeinen die Vorschriften gewissenhaft durchgeführt wurden. Man solle nicht vergessen, daß nach der Revolution die Disziplin in den Bergwerken sehr nachgelassen habe. Nur in argenteitem Vertrauen könnten die notwendigen Maßnahmen erfolgreich getroffen werden.

Nach dem Mehrheitssozialistischen Janisch liegt dagegen eine große Schuld an den Behörden, die mit auf die Anklagebank gehörten, statt die Untersuchung zu führen. Die Vorschriften seien nicht genügend durchgeführt worden. Dem tritt der preussische Minister Fischbeck entgegen, der auf die ausführlichen Angaben des Verghauptmanns Hagfeld hinweist und feststellt, daß die Behörde ihre Pflicht erfüllt habe.

Der Demokrat Biegler nimmt den Untersuchungsausschuß gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz und betont, daß die Rechenverwaltung von Mont Genis keine Schuld an dem Unglück treffe.

Dann folgt die übliche kommunistische Schimpfkanonade, die diesmal Herr Braß losläßt.

Die weitere Debatte vertiert sich in Einzelheiten. Nach kurzen Schlussworten der Interpellanten wird die Besprechung geschlossen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Montag 2 Uhr.

Preussischer Landtag.

— Berlin, 30. Juni 1921.

Nur eine kleine Tagesordnung weist die Sitzung des Preussenparlaments heute auf. Die Erweiterung München-Gladbach als erster Punkt wird vom Hause einstimmig angenommen und dann nur noch ein zweiter Punkt, die zweite Beratung des Haushalts der Justiz- und Domänenverwaltung. Der Justizetat gibt natürlich wieder Anlaß zu eifriger Debatte. Als erster Redner ergriff Abg. Dr. Heymann-Rön von der Deutschen Volkspartei das Wort und weist in längeren Ausführungen die Vorwürfe gegen den Richterstand zurück. Er findet lobende Worte für die deutsche Gerichtsbarkeit, die stets der Gerechtigkeit die Ehre gegeben habe. Das behagt den Kommunisten im Hause nicht. St. P. D. kann sich lärmende Zwischenrufe nicht verheiben und muß dafür schlagfertige Antworten von Heymann in Kauf nehmen, die stets die fürmliche Heiterkeit des Landtages herausfordern.

Nachdem der Volksparteiler zu Ende gesprochen, gibt der gleiche Abg. Kay von den Kommunisten seinem Redebedürfnis in mehrstündiger Brandrede vor leeren Bänken Ausdruck und wütet gegen die

Justiz und Kapitalismus und sonst dertel proletarierfeindliche Dinge.

In dieselbe Reihe wie Kay heute auch der unabhängige Abg. Theodor Liebnicht, der Bruder des ermordeten Spartakusführers. Er ist fast so leise, daß seine Ausführungen auf der Tribüne fast unverständlich sind. Er hält die deutsche Rechtsprechung für reaktionär und proletarierfeindlich.

— Berlin, 1. Juli 1921.

Zunächst wird über eine Anzahl von Anträgen zum Justizetat abgestimmt. Zahlreiche unabhängige und kommunistische Anträge, u. a. einer auf Abschaffung der Todesstrafe, werden abgelehnt. Eine Reihe weiterer Anträge werden angenommen, darunter ein Zentrumsantrag auf Vereinfachung der Strafverfahren gegen Bucher und Siedler, ein sozialdemokratischer Antrag, daß bei Verletzung von Freivergehen die Beschädigung von Notationsmaschinen und andere im Preußeng nicht vorgesehene Eingriffe verboten sind, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, wonach hervorragend befähigte und praktisch erfahrene Personen auch ohne Studium zum Assessorexamen zugelassen werden können.

Darauf werden die üblichen kleinen Anfragen erledigt sowie einige kleinere Gesetzentwürfe. Dann beschäftigt sich der Landtag mit dem Haushalt der Domänenverwaltung. Als erster Redner tritt Abg. Weber-Griesheim (Soz.) scharfe Kritik an der bisherigen Verwaltungspraxis der Domänen.

Gegen die Forderung des Vorredners nach Aufteilung des Domänenbesitzes wenden sich der Zentrumsabgeordnete Graso und der Deutschnationale Dr. Kaufholz, der auch scharf die Erhöhung des Domänenpachtpreises kritisiert.

Der Landtag vertagt dann die Beratung des Domänenetats auf Dienstag 1 Uhr. Außerdem soll dann die Besprechung des Gesetzes Groß-Berlin und des Ueberalterungsgesetzes stattfinden.

Deutsches Reich.

„Einstellung des Meineidsverfahrens gegen Erzberger. Die Strafkammer des Berliner Landgerichts I hat das Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger wegen Meineids, den dieser im Prozeß gegen Helfrich geleistet haben soll, wegen Mangels an Beweisen eingestellt. — Am Mittwoch begann im Reichstag die Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei i. Nach dem Reichsfinanzminister einen Ueberblick über die gesamte innerpolitische Lage, besonders in bezug auf Oberschlesien und auf die Sanktionen gegeben hatte, berichtete Geheimrat Trimborn über den Fall Erzberger. Hierzu ergriff dann der Abg. Erzberger selbst zu einer längeren Verteidigungsrede das Wort. Nach der „Germania“ wurde folgende gegen 1 Stimme bei 4 Stimmenthaltung, Entschließung gefaßt: „1. Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß das Verfahren wegen Verletzung der Eidespflicht zugunsten des Herrn Erzberger entschieden ist. 2. Erzberger erklärt, daß die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit von der gesamtpolitischen Lage abhängt. Er legt dabei Wert auf die Feststellung, daß er in seiner politischen Wirksamkeit stets befreit sein wird, die Einigkeit innerhalb der Partei und der Fraktion zu pflegen.“

„Ein sozialdemokratisches Urteil über Stinnes. Der frühere preussische Minister des Innern, der sozialdemokratische Abg. Severing, machte kürzlich in einer Rede, die er in einem Dorfe bei Bielefeld hielt, einige bemerkenswerte Äußerungen über Stinnes. Er wandte sich gegen die üblichen Hegworte in sozialistischen Kreisen und ihrer Presse. Er sei anderer Ansicht. Es dürfe über Stinnes nicht hergezogen werden. Er sei nicht kleinlich, sondern großzügig und habe ein Herz für die Arbeiterklasse. Severing hält ihn für einen wertvollen Posten im deutschen Wirtschaftsleben.“

„Aufruf Hoefers zur Besonnenheit. Der Führer des deutschen Selbstschutzes, General Hoefer, hat einen Aufruf erlassen, in dem er betont, daß das Interesse der Heimat es dem Selbstschutz gebietet, sich den Anordnungen der Interalliierten Kommission zu fügen, nachdem diese die Verpflichtung übernommen habe, Oberschlesien bis zur Landesgrenze von den Insurgenten zu säubern. Er erwarte von seinen Untergebenen, daß sie die Selbstzucht wahren, und schöpft aus der Begeisterung, die sie alle befehl habe, die Hoffnung für eine bessere Zukunft der ober-schlesischen Heimat und des gesamten deutschen Vaterlandes.“

„Einigung in der Interalliierten Kommission in Opeflu. Nach einer Meldung aus Sosnowice haben sich die Mitglieder der Interalliierten Kommission über den Wortlaut des Berichtes geeinigt, der die Grenzfeststellung in Oberschlesien betrifft. Man hofft, daß dieser Bericht am den 10. Juli fertiggestellt sein wird.“

„Der Reichsrat stimmte einem Gesetzesentwurf über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwältle und Gerichtsvollzieher um 100 Prozent bei Strafsachen und 50-100 Prozent bei Zivilsachen zu.“

„Durch Beschluß der Reichsregierung ist der bisherige Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, Staatssekretär a. D. Dr. Peters, mit der

Abwicklung der Geschäfte des Reichskommissariats beauftragt worden.

Im Steueraussschuß des Reichstages wurde der Gegengewicht betreffend Einkommensteuer vom Arbeitslohn in zweiter Lesung im wesentlichen nach den Beschlüssen erster Lesung erledigt.

Der neue österreichische Gesandte Dr. Kiedel ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen und hat dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Eine Reihe von Amtsvorstehern des Greifswalder Kreises hat sich geweigert, den Verfassungseid zu leisten. Der Regierungspräsident hat die betreffenden Beamten in die höchstzulässige Geldstrafe genommen und die beiden Führer der Bewegung suspendiert und das Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet.

Der heftige sozialdemokratische Minister des Innern Dr. Kulla ist wegen Differenzen mit seiner Partei zurückgetreten.

Die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren hörte mit dem 1. Juli zu bestehen auf. Die Aufhebungsarbeiten führt eine Hauptabteilung, die Bewertung des Materials eine Bewertungsstelle durch.

Ausland.

Türkei.

Millieter Drohung an Kemal. Der türkischen Regierung in Angora wurde von den Alliierten mitgeteilt, daß sie eine Verlegung der neutralen Zone um Konstantinopel als Kriegsfall ansehen würden. Auf eine Bitte Paschas an die Regierung von Angora haben die Alliierten daher beschlossen, die Grenze des neutralen Gebietes nicht zu verletzen. Kemal Pascha hat einen Aufruf an die Bevölkerung Anatoliens erlassen, in dem er die Völker des Ostens zum heiligen Krieg gegen die Alliierten des Abendlandes aufruft, die erstere vernichten wollten. Der Kampf müsse bis zur Räumung Konstantinopels fortgesetzt werden. Derselbe Kampf werde die Unabhängigkeit Indiens und der anderen muslimanischen Völker, die unter fremdem Joche seufzten, sichern.

Amerika.

Die Weltabrüstung. Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm den Marinehaushalt und gleichzeitig den Antrag voran, der den Präsidenten ermächtigt, mit England, Japan und anderen Großmächten Verhandlungen über die Verminderung der See anzuknüpfen.

Wie in Wien verlautet, wird die Konferenz von Porto Rose einen weiteren Aufschub erfahren, und zwar wahrscheinlich bis zum Herbst.

Auf Wunsch des Präsidenten Harding wird sich Marshall Fayolle und eine französische Mission am 5. Juli nach Washington begeben, um den Präsidenten zu begrüßen.

Zahlreiche englische Bergarbeiter haben die Arbeit bereits wieder aufgenommen, ohne den Befehl des Syndikats abzuwarten.

Eine Reihe von Sinnfeiner-Mitgliedern des Parlaments, darunter Arthur Griffith und John McNeill, ist aus dem Gefängnis entlassen worden.

In London wurde auf dem Trafalgarplatz ein Denkmal Washingtons enthüllt, des Führers des nordamerikanischen Befreiungskampfes gegen England (1). Das Denkmal ist ein Geschenk des nordamerikanischen Staates Virginia.

Senator Hitchcock brachte im amerikanischen Senat einen Gesetzentwurf ein, der die Bildung einer Bank der Nationen mit einem Kapital von 2400 Millionen Dollar vorschlägt.

Die neuen Getreidepreise.

Erhöhung der Preise für Roggen und Weizen, Herabsetzung für Gerste und Hafer.

Der Reichsrat hat in seiner letzten Bollstimmung dem Regierungsentwurf über die Preise des Umlagegetreides aus der Ernte von 1921 zugestimmt. Der Entwurf schlägt folgende Preise vor:

Für die Tonne Roggen 2100 Mark (600 bis 700 Mark mehr als bisher), für die Tonne Weizen 2300 Mark, für Gerste 2000 Mark (100 Mark niedriger als bisher), Hafer 1800 Mark (300 Mark niedriger).

Für die Vorschläge war für die Regierung maßgebend, daß die Getreidepreise die Wirtschaftlichkeit des Getreideanbaues gewährleisten und ferner die Landwirtschaft durch niedrige Preise für Futtermittel anregen sollen, Brotgetreide abzuliefern. Der Vertreter Bayerns beantragte, die Preise für Roggen, Weizen und Gerste um 100 Mk. zu ermäßigen. Dieser Antrag wurde mit 85 Stimmen gegen 29 Stimmen Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens, Lippes, Braunschweigs und Anhalts abgelehnt und mit knapper Mehrheit der Regierungsvorlage zugestimmt.

Der kommende Brotpreis.

Die gleiche Vorlage war auch im Landwirtschaftsausschuß des Reichswirtschaftsrates Gegenstand der Beratung. Ein Regierungsvertreter gab hierbei einen Ueberblick über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Preisverhältnisse, die zur Einleitung einer mit der Preisregulierung betrauten Kommission geführt haben. Auf Grund genauester Erhebungen dieser Kommission über die Produktions-

kosten der Landwirtschaft seien die Preise festgesetzt worden.

Ein Vertreter der Landwirte betonte, daß der Preis von 2100 Mark die Unkosten und das Risiko der Landwirtschaft in keiner Weise decke. Wohl seien die Löhne niedriger als auf dem Weltmarkt, da sie jedoch in Naturalien gegeben werden, kämen sie voll zur Anrechnung.

Von Arbeitnehmerseite wurde die Frage aufgeworfen, wie der erhaltene Getreidepreis den kommenden Brotpreis bestimmen werde. Eine für ihn gleichfalls eintretende Erhöhung von 50 Prozent sei in keiner Weise mehr für die minderbemittelte Bevölkerung zu ertragen.

Die Mehrheit des Ausschusses war der Ansicht, daß die Aufstellung eines Index das einzig mögliche Verfahren sei, um zu einer annähernd richtigen Berechnung eines Preises, der die Produktionskosten deckt, zu kommen. Eine Veränderung der nach diesem Verfahren festgesetzten Preise wurde für unzumutbar gehalten. Der Ausschuß nahm darauf den Regierungsentwurf mit allen gegen 1 Stimme an.

Auch im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages wurden schwere Bedenken gegen die Erhöhung des Brotpreises ausgesprochen. Schließlich wurde die Verordnung unter der Voraussetzung angenommen, daß die Regierung die Verpflichtung übernimmt, Maßnahmen zu treffen, daß der künstliche Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis nicht mehr als höchstens 40 Prozent übersteigt.

Heimliches.

Nastätten, 4. Juli 1921.

Stadtverordnetenversammlung am 2. Juli. Ueber den Zustand des städtischen Gaswerks ist das Gutachten eines Sachverständigen eingeholt worden. Das Gutachten spricht sich dahin aus, daß bei der starken Inanspruchnahme der Gasöfen der bisherige ungestörte Betrieb des Werkes auf eine sorgfältige Behandlung und richtige sachmännische Bedienung zurückzuführen, wie denn auch der Gesamteindruck des Gaswerks ein sehr guter sei. Da die Retorten des zweiten Ofens der Erneuerung bedürfen, so schlägt der Sachverständige vor, anstelle der bisherigen zwei Retorten vier Retorten einzubauen. Versammlung beschloß jedoch, hieron abzusehen und nur die beiden Retorten erneuern zu lassen. — Das ferner über die Berechnung des Gaspreises eingezogene stellt fest, daß die Selbstkosten des Gases 3. St. auf 2,39 \mathcal{M} anzunehmen sind. Es ist dies auf die außergewöhnlich hohen Kohlenpreise und Frachtlage in der Hauptsache zurückzuführen. Versammlung konnte sich der Notwendigkeit nicht verschließen, den Gaspreis zu erhöhen und setzte diesen ab 1. Juli auf 2 \mathcal{M} pro obm fest, da sonst mit einem zu großen Defizit gerechnet werden muß. — Die Landwirtschaftskammer in Wiesbaden hat in Aussicht genommen, die Pöschungsmauer, die das Schulgrundstück der landwirtschaftlichen Lehranstalt nach der Straße hin abschließt, in der Weise ausbauen zu lassen, daß der an der Auffahrtstraße befindliche Brunnen eine moderne Fassung in der Mitte der Mauer erhält. Die Kosten werden sich nach dem Vorschlag auf rund 40000 \mathcal{M} stellen. Da die Anlage auch im Interesse der Gemeinde liegt und das Stadtbild verschönern wird, wünscht die Landwirtschaftskammer, daß die Hälfte der Kosten von der Gemeinde übernommen wird. Versammlung kam bis auf weiteres zur Ablehnung des Antrages und zwar mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage und in Betracht der Leistungen der Stadt zum Neubau der landwirtschaftlichen Winterschule. Auch war Versammlung der Ansicht, daß sich eine billigere Ausführung der Pöschungsmauer und der Brunnenanlage wohl bewertvolligen lasse. — Ein Punkt wurde vertagt.

Standesamtsmitteilung für die Zeit vom 1. bis 30. Juni 1921. Geburten: 4. — Heiraten: 2. 1. Kaufmann Hermann Heinrich Wilhelm Reinhold Tigges und Hedwig Saad, am 5. Juni; 2. Landwirt Philipp Heinrich Kern und Maria Henriette Wilhelmine Pfließ am 4. Juni. — Sterbefälle 1. Kaufmann Wilhelm Schneider, 66 Jahre alt, gestorben am 19. Juni.

Ortsklassenverzeichnis. Nachdem die interalliierte Rheinlandkommission keine Einwendungen gegen die vorläufige Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses erhoben hat, wird eine Zusammenstellung derjenigen Orte bekanntgegeben, die höher als in E eingestuft sind, wobei ausdrücklich zu bemerken ist, daß es sich um eine vorläufige Einteilung derjenigen Orte handelt, welche unzweifelhaft einer höheren als der bisherigen Ortsklasse zuzuwenden wären. Für den Kreis St. Goarshausen sind dies unter Anderem: Ober- und Niederlahnstein B (D), Braubach C (D), St. Goarshausen C (D), Caub C (E), Nastätten D (E), Nieblen D (E), Patersberg D (E), Reichenberg D (E) und eine Anzahl Rheinorte wie Kamp, Restert usw., welche aus Ortsklasse E in D aufgerückt sind. (Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die frühere Ortsklasse.)

Schrotmühlen. Die auf Grund des § 73a der Reichsgerneordnung für die Ernte 1920 erlassene Verordnung über Schrotmühlen vom 11. Dezember 1920 ist am 22. Juni ds. J. aufgehoben worden.

Bewaffnung der Polizei. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat nach Verordnung 3 Artikel 21 die deutsche Waf- und Sicherheitsorgane zur Führung von Feuerwaffen und Munition ermächtigt. Es werden jedoch die folgenden Regeln dafür aufgestellt: Rörster dürfen nur mit Karabiner mit einer Höchstreichweite von 300 Meter bewaffnet sein. Gendarmen dürfen nur die Bewaffnung führen, mit der sie bis 1914 ausgerüstet waren. Die Bewaffnung der übrigen Waf- und Sicherheitsorgane ist auf eine Pistole pro Mann ausgenommen in besonderen Fällen, wo die Interalliierte Kommission Ausnahmen zugelassen hat, beschränkt.

Die Gaben der Natur auszunutzen hat von jeher zum Wohlstand eines Volkes, der einzelnen Gemeinde und der einzelnen Person geführt. Weshalb sollten denn nicht auch wir Taunusbewohner die Reize unseres Gebirgszuges der Allgemeinheit dienstbar machen? Die Naturschönheiten einer unerforschten Gegend ziehen den Großstädter, der das Einerlei des Großstadtlebens reichlich satt ist, mehr an als das pompöse Leben in einem größeren mit künstlichen Schönheiten überreich bedachten Strand- oder Weltbadeorte. Das Jbyl einer an Denkmälern aus grauer Vorzeit, Ritterburgen, Römerkastellen usw. reich gelegenen Gegend ist doch wahrlich wert, genannt zu werden. Hünengräber im Laubwalde sind Zeugen einer längst vergangenen Zeit. — Doch zurück zur Gegenwart. Vieles ist noch zu tun, dem Natürlichen gefällige Formen zu geben. Vom Verschönerungsverein und von Seiten der Stadt wurde in kurzer Zeit Manches geleistet. Der Sauerbrunnen beim Hof Schwall ist in neuem Rahmen erstanden und hier und da sind Wege (Zufußpfade) gebohrt und Ruhebänke angebracht worden. Roblingen, die diese Bänke beschädigen oder sonstige der Benutzung entziehen, sollte man energisch zu Leibe gehen; eine Belohnung für gemeldeten „Wutausbruch“, ausgetobt an einer harmlosen Bank, ist zu erwarten. 100 Mark werden gezahlt, wenn der Täter namhaft gemacht wird, daß er zum Schadenerfolg herangezogen werden kann. Strafexempel zu statuieren ist immer eine peinliche Sache und sollten Eltern und Vormünder ihre Pflegebefohlenen in diesem Sinne unterrichten. Unsere Gegend, und ganz besonders unser Städtchen, soll im Zeichen des Fortschrittes stehen und nicht kleinlicher Sachen wegen, die peinlich berühren und abschreckend wirken, gemieden werden. kr.

Holzhausen, 4. Juli. Nunmehr steht auch unserer Orte für Sonntag den 17. und Montag den 18. Juli ds. J. ein Sängerefest in Aussicht. 17 Vereine haben zur Huldbildung der hehren Sängerkunst ihre Mitwirkung zugesagt und ist außerdem zur Verschönerung des Festes die Kapelleneinbogene Musik-Kapelle aufgebildet.

Rageneinbogen, 4. Juli. In allen Kreisen der heimischen Landwirtschaft und in deren Organisationen beschäftigt man sich mit der Errichtung eines Gestütes in Rageneinbogen. Der Plan wird allgemein begrüßt. Bei seinem Zustandekommen dürfte die Pferde-Zucht in unserer Gegend eine weitere bedeutende Hebung erfahren. Eine in den nächsten Tagen in Rageneinbogen stattfindende Versammlung wird sich mit der Frage der Errichtung beschäftigen.

Bogel, 4. Juli. Die für kommenden Sonntag geplante Vereins-Pferdeschau ist umständehalber bis auf weiteres verschoben worden.

St. Goarshausen, 2. Juli. Eine Frau von hier suchte und fand gestern Abend den Tod im Rhein. Die Leiche wurde bereits vor Wellmich an einem dort liegenden holländischen Fischkutter hängend aufgefunden. — Hier schloß der Alpenjäger Regnier mit einem 13jährigen Mädchen Freundschaft und lud eines Abends daselbe zu einem Spaziergang nach dem Rhein ein. An einer Landungsbrücke verging er sich an dem Kinde. Das französische Kriegsgericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. — Französische Pioniertruppen halten gegenwärtig in den kommenden Monaten auf dem Rhein bei St. Goarshausen Pontonier- und Brückenschlagübungen ab. An den 4 Sonntagen 10. und 31. Juli, 21. und 28. August wird der Rhein etwa 250 Meter unterhalb der Dampfschiff-Landebühnen in St. Goar überbrückt werden.

aus dem Kreise, 4. Juli. Mit der Durchführung des gesetzlichen Abstimmungsverfahrens zwecks Errichtung einer Zwangsabgabe für alle im Kreise St. Goarshausen das Mülserhandwerk betreibenden Handwerker ist der Landrat in St. Goarshausen vom Regierungspräsidenten beauftragt worden.

Aus dem Lande, 4. Juli. An den Kartoffelpflanzen tritt in diesem Jahre der Rost sehr stark auf. Die Blätter werden gelb und die Pflanze stirbt sehr schnell ab. Auch brandige Kartoffelstauden werden vielfach beobachtet. Auf diese Weise werden zahlreiche Landwirte nicht unerheblichen Schaden erleiden, da fast alle Abwehrrmittel versagen.

Aus Hessen-Raffau, 4. Juli. Unterhaltungspflicht der Bizinalwege, welche in Raffau den Gemeinden obliegt, durch deren Gemarfung die Wege gehen, sind so sehr in die Höhe geschritten, daß diese nur durch besondere Einnahmen aufgebracht werden können. Der Verband der Landkreise in Raffau hat deshalb der Regierung einen Entwurf zu einem Jahresteuergesetz vorgelegt, nach dem nicht nur Kraftwagen, sondern auch alle Geschäftswagen, Ackerfahrzeuge und sonstige Gespanne einer besonderen Besteuerung unterworfen werden sollen.

Langenschwalbach, 2. Juni. Das französische Militär-Polizeigericht zu Wiesbaden verurteilte den Wirt Landen von hier zu 600 \mathcal{M}

Geldstrafe, weil er auf seiner Weinkarte für die Besatzungstruppen eine Flasche Wein ohne Weinsteuer, die diese nicht zu zahlen brauchten, mit 43 Mark verzeichnet hatte, während er auf der Weinkarte für deutsche Gäste dieselbe einschließlich 20 Prozent Weinsteuern mit 46 Mk. berechnete.

Frankfurt, 3. Juli. Bekanntlich hat die hiesige Ortskrankenkasse im vergangenen Jahre 15 Millionen Gewinn erzielt. Von diesem hohen Ertrag will die Kasse nun, nach Mitteilungen des Bürgermeisters Graf, 3 bis 4 Millionen zum besten erkrankter und unterernährter Frauen und Kinder zur Verfügung stellen, um dieselben in Wäbern und Heilanstalten unterbringen zu können.

Spd. Frankfurt, 3. Juli. In dem alten Zollhof, dessen Räume jetzt Postzwecken dienen, brach am Freitag nachmittag ein nur wenig besetztes Weißbindergerüst zusammen und tötete den Schlossermeister Petry auf der Stelle und verletzte den Schlossergefellen Taut in lebensgefährlicher Weise.

Spd. Ansbach, 3. Juli. Die große Holzschneiderei von Gebrüder Stöckel wurde am Samstag vormittag ein Raub der Flammen.

Spd. Bad Nauheim, 3. Juli. Die Tochter eines Wohlhabenden aus Langenhain wurde unter dem Verdacht, ihr heimlich geborenes Kind unmittelbar nach der Geburt getötet zu haben verhaftet.

Limburg, 3. Juli. Am Mittwoch, den 5. Juli d. J., findet auf dem Marktplatz in Limburg ein Ziegenmarkt statt. Zugelassen sind nur Tiere der Mitglieder von Vereinen, welche dem Verband der Nassauischen Ziegenzuchtvereine angeschlossen sind. Der Auftrieb beginnt vormittags um 7 Uhr, der Markt um 8,30 Uhr. Alle aufgetriebenen Tiere werden beim Eintritt in den Markt tierärztlich untersucht.

Spd. Höhr, 3. Juli. Durch ein Großfeuer wurde ein erheblicher Teil der Celluloidwarenfabrik zerstört.

Vermischtes.

Ein mysteriöser Bombenanschlag. In Braunau haben unbekannte Täter nachts auf das sogenannte Tennishaus im Bürgerpark einen Bombenanschlag verübt. Die eine Seite des mehrstöckigen Hauses ist vollständig zertrümmert. Menschen wurden nicht verletzt.

Mit einem Bierseidel erschlagen. In Achersleben erschlug der Rohprodukthändler Friesland im Hotel Reichspost den Stadtrat Hammer, den er seit Jahren mit Drohungen verfolgte, mit einem Bierseidel und verletzte den Besitzer Härtel und dessen Ehefrau ebenfalls mit einem Bierseidel schwer. Der Täter ist verhaftet.

Zu dem Attentat auf Herzog Albrecht von Württemberg. Aus Leutkirch wird gemeldet, daß der 26jährige Tagelöhner Josef Meißner unter dem Verdacht verhaftet worden ist, den Anschlag auf den Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg und den Fürsten Erich von Zeil verübt zu haben. Er leugnet hartnäckig.

Das Aussterben der Erbkönigs und Erbköniginnen. Das Aussterben von Leuten, die außerordentlich beliebt waren, droht, nämlich des Erbkönigs und der Erbkönigin. Die hohen Steuern, das Notopfer, haben vielen Besitz belastet und zusammenschumpfen lassen, eine neue Besitzsteuer soll noch kommen, so daß eine weitere Senkung der verfügbaren Mittel unvermeidlich ist. Dazu kommt dann die Erbschaftsteuer, die schon bei Neffen und Nichten 8 Prozent beträgt, die Zuwachsteuer, und daneben laufen noch Notopferlatten lange Jahre. Der lahende Erbe kann also jedenfalls sein Erbe nicht mehr ohne weiteres einlösen, er hat vielmehr sehr erhebliche Steuern zu leisten, die besonders beim Uebernehmen von Grundbesitz recht lästig werden können, so daß das Leben vergeht.

In dem ehemaligen deutschen Munitionsdépôt in Bois Wode, fünf Kilometer von Mey entfernt, hat eine erhebliche Explosion stattgefunden. Das Feuer schlug auf den Wald über.

Gerichtliches.

Lebenslänglich Zuchthaus für einen Mordmörder. Das Danziger Schwurgericht verurteilte den 28 Jahre alten Kaufmannslehrling Erich Lange aus Danzig-Langfuhr wegen Totschlags an seiner eigenen Mutter in Tateinheit mit schwerem Mord gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und dauerndem Ehrverlust. Die Geschworenen hatten die Frage nach Mord verneint und nur Totschlag für vorliegend erachtet. Der Angeklagte, der aus guter Familie stammt, konnte sich nach seiner Rückkehr aus dem Felde nicht mehr an ein geregeltes Leben gewöhnen und geriet so schließlich auf die Bahn des Verbrechens, bis er seine eigene Mutter erdrosselte, die ihm nicht mehr Geld zu seinem ausschweifenden Leben geben wollte.

Verurteilte Räuber. Vom Kölner Schwurgericht wurde der Schlosser Leo Klei aus Gummerbach und der Lokomotivführer Otto Nienhöfer, die am 18. Dezember 1920 in eine Mühle bei Marienberghausen eingedrungen waren, unter Bedrohung mit Revolvern und Messern von den Bewohnern Geld zu erpressen versucht und schließlich den hinzukommenden Müller erschossen hatten, wegen räuberischer Erpressung und Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus bzw. 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Herr des Codes.

Roman von Karl Rosner.

10.] Nachdruck verboten.

Der Stittmeister sprach als erster. Keinen Augenblick war er sich im Zweifel über die Lage. Er ärgerte sich über seine Unvorsichtigkeit, über den blödsinnigen Mitteilungsdrang von früher — aber schließlich war es doch nur eine ganz allgemeine Lebenswahrheit gewesen —

„Ja —?“ sagte er. Und das war, als ob er, einer zuwartenden Defensiv müde, mit diesem einen kurzen Worte, wie gleichsam mit dem ersten Schusse, das Drückende der Ruhe brechen wollte.

Aber es kam keine Antwort. Lediglich mit einer Geste wies Peter von Herstorff auf den Geheimrat hin.

Sie standen jetzt zu dritt ganz nahe beieinander. Der Leutnant fragte: „Bardon — darf ich die Herren jetzt vielleicht verlassen?“

Aber der Geheimrat hob die Hand zu einer ablehnenden Geste: „Bitte, bleiben Sie, Herr von Herstorff. Es kann jedem von uns, dem Herrn Stittmeister von Bassenheim und mir, nur lieb sein, wenn diese Worte, die wir hier zu sprechen haben —“

Und der Stittmeister sagte mit gesuchter Pässigkeit — und loderte sich dabei mit dem

Relaxfluger den ein wenig engen Kragen seines Waffenrodes:

„Ja — ich weiß zwar nu' wirklich nicht, was daraus werden soll — aber ich bitte sehr, Herr Leutnant —“

Wieder war es still. Nur aus dem Herrenzimmer nebenan drang gedämpft ein leises Gläserklingen.

Herr von Bassenheim räusperte sich und strich sich über den kurzen, scharf schwarzen Schnurrbart, der dem haagren und sehr brünetten Gesichte etwas Unstimmiges, über die Jahre Quatendes gab. Die ganze Sache störte ihn doch sehr, war ihm doch reichlich unbehaglich. Das sprach auch aus dem Ton seiner ein wenig knarrenden Stimme, die leise, trotz aller Absicht, unbefangen zu erscheinen, beengt und unfrei klang.

„Sie haben mich da — durch den Herrn Leutnant herüberbitten lassen, Herr Geheimrat?“

Der Geheimrat nickte. „Ich muß Sie bitten, Herr von Bassenheim, mir ein paar Fragen, die ich in Sie richten möchte, wahrheitsgemäß zu beantworten.“ Ganz feucht rührten die Augen des Geheimrats, die durch die scharfen Brillengläser seltsam groß erschienen, auf dem Offizier.

Und Herr von Bassenheim schien dadurch irritiert zu sein und bewegte nervös den Kopf und lachte:

„Lieber Herr Geheimrat — das klingt ja beinahe wie ein Verhör —?“ Er fin-

perte an der dünnen, schwarzen Schnur, an der sein Monatel niederhing, ariff das Glas auf und setzte es vor das Auge.

„Es handelt sich zunächst um eine rein theoretische Frage —“ Nur Sekunden schwieb der Geheimrat. Dort und schall auseinanderlegend, nahm seine Stimme dann die Rede wieder auf. Kein Wort, keine Silbe ließ sie fallen, trotz aller bebenden Erregung, die, kaum bezwungen, in ihr war. „Wie würde ein militärisches Ehrengericht wohl über einen Offizier urteilen, der, als Gast eines Mannes, während er in' ändern im Hause und am Tische dieses Mannes sitzt, den alten Ruf und das unbescholtene Leben der Hausfrau durch unerhörte Aussetzungen und Verdächtigungen beschmutzt?“

Peter von Herstorff sah zu Boden auf die Linien und Flecken des Teppichs zu seinen Füßen. Wie unter einem Zwange schloßen seine Augen den vielfach verchlungenen Fäden der Arabesken. Er hatte eine quälende Empfindung von Scham, daß er gezwungen sei, diese Worte und das, was nun kommen mußte, mit anzuhören. Sein Solidaritätsgefühl mit jenem anderen, der doch, gleich ihm, den Rod des Königs trug, wehrte sich. Der unerzogene Gedanke der Gemeinamkeit war wach. Als ob er da machtlos der entehrenden Beirakung eines Kameraden — einer Exekution beiwohnen müßte, so war ihm zumute.

Da sprach der Stittmeister — sprach wieder mit jenem erzwungenen, halben Lächeln

im Tone der Stimme, das ruhige, überlegene Klingen und alle Form bewahren sollte und doch gemacht erschien:

„Berehrter Herr Geheimrat — zunächst, ehe ich auf Ihre rein theoretische Frage eingehe, eine rein persönliche: Wie komme wohl gerade ich zu dem Vortrage, von Ihnen als Sachverständiger auf dem Gebiete herangezogen zu werden —? Ich bin ein Reitermann — also der Mann eines hundertköpfigen, der unbedingten Praxis, wenn Sie so wollen, sicher nicht der Theorie. Und ich würde auch nicht, daß ich jemals Anlaß gegeben hätte, mich als besonders interessiert an der Jurisdiction unserer Ehrengerichte zu betrachten.“

Der Geheimrat zog die dünnen Brauen zusammen. Seine Lippen zuckten nervös — er schien einen heftigen Einwurf auf den Lippen zu haben. Dann aber schüttelte er den Kopf — das war, als wänge er sich, sachtlich zu bleiben — und stieß nur kurz ein paar Worte hervor:

„Wollen Sie meine Frage beantworten, Herr von Bassenheim?“

„Ich muß wirklich bedauern —!“ Der Stittmeister stand straff und aufgerichtet da, haager und zäh erschien er so, dem belnabe dürftigen Geaner weit überlegen.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.
Der auf Mittwoch, den 13. ds. Mts., festgesetzte Rindvieh- und Schweinemarkt wird abgehalten.
Nastätten, den 2. Juli 1921.
Der Bürgermeister: Wasserloos.

Bekanntmachung.
Die Steuerkarten sind zum Ausbrennen der verwendeten Steuermarken für das verlossene Vierteljahr bei der Stadtkasse einzureichen.
Nastätten, den 4. Juli 1921.
Die Stadtkasse: Wollschläger.

Bekanntmachung.
Die auf Sonntag, den 10. Juli ds. Js. in Bogel angelegte Vereins-Pferdeschau muß umstandshalber vorläufig verschoben werden.
St. Goarshausen, den 2. Juli 1921.
Pferdezuchtverein Kreis St. Goarshausen:
Der stellv. Vorsitzende: A. Staehly.

Stotterer erhalten umsonst die Broschüre „Die Ursache des Stotterns und Beseitigung ohne Arzt und ohne Lehrer sowie ohne Anstaltsbesuch“. Früher war ich selbst ein sehr starker Stotterer und habe mich nach vielen vergeblichen Kursen selbst geheilt. Bitte teilen Sie mir Ihre Adresse mit. Die Zusendung meines Büchleins erfolgt sofort ohne Firmenaufdruck vollständig kostenlos.
L. Warnecke, Hannover, Friesenstraße 33.

Auf nach Mündchenroth!
Sonntag, den 10. Juli 1921
große Tanzmusik
bei Henninger Bier! im Freien bei Henninger Bier!
wozu freundlichst einladet **Gastwirt Maus.**
Musik: Strüßer Kapelle!

Konserben-Gläser
(eng und weit) mit Ia. roten Ringen sowie Gelcegläser empfiehlt zu billigsten Preisen
A. Hübel, Nastätten (an d. ev. Kirche).
Bevor Sie Ihren Bedarf in

Wagenachsen, Wagenreifen
und **Beschlägen** decken, holen Sie Preise ein und Sie werden finden, dass Sie bei uns am besten und billigsten bedient werden.
Karl & Theodor Wagner.

Alle Arten Bau-Hölzer
liefern nach jeder Holzliste in Fichten, Tannen und Eichen innerhalb kürzester Zeit zu niedrigsten Preisen
Schlaadt & Schwarz, Bogel
Dampfsägewerk und Holzhandlung.

Großer Vorrat
Atern Balsaminen
Strohblumen, Syconien
Knollen-Syconien
Geranien, Fuchsien pp.
geeignet für Graberschmuck und Blumenkästen wegen Räumung zu sehr billigen Preisen in der
Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten: Oberstraße.

Mädchen
für kleine Familie in gutes Haus nach Duisburg gesucht. Meldungen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.
Erfahrenes, sauberes
Mädchen,
das neben aller Hausarbeit die Küche gründlich versteht, wird zur Führung eines kleinen Haushaltes zum sofortigen oder baldigen Eintritt gesucht. Waschfrau vorhanden.
C. Creelius, Niederlahnstein.

Saison-Ausverkauf!
Beginn Montag, 4. Juli
Sämtliche Saison-Artikel im Preise bedeutend ermäßigt.

Kleiderstoffe Serie I	mit 10 Prozent Rabatt
Voile, Mousseline, Dirndl-Stoffe etc.	
Kleiderstoffe Serie II	mit 20 Prozent Rabatt
Voile, Seide, Welle etc.	
Kleiderstoffe Serie III	mit 30 Prozent Rabatt
schwere Qualität für Kostüme etc., sowie sämtliche Reste.	
Sommer-Mäntel, Kinderkleider	in weiß und bunt . . . besonders preiswert
Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Seidenmäntel	extra billig per Stück 295 Mk.
Gabadine-Kostüme auf Seide, Qualität Ia.	per Stück 675 Mk.
Cheviot-Kostüme auf Seide	per Stück 450 Mk.

Ein Posten Damen- und Kinderschürzen . . . mit 20 % Rabatt
Ein Posten Knaben-Waschanzüge u. Blusen . . . mit 25 % Rabatt
Ein Posten Herren-, Burschen u. Knabenanzüge mit 25 % Rabatt
Nur gute Stoffe, solide Verarbeitung.

Der Ausverkauf bietet nur ganz besondere Einkaufsgelegenheit!

Wilhelm Dürselen, Inh.: Wilhelm Rohe, St. Goarshausen a. Rh.

Milch-Zucker
feinste Arzneibüchware empfiehlt
Apotheke in Nastätten.

Wir nehmen die Beleidigung gegen Adam Wendel zurück.
Sebastian u. Magdalene Kern.

2 Pferde
(Mittelschlag) ein- und doppelspannig gefahren, 6. bzw. 12-jährig. Stehen zum Verkauf bei
August Minor,
Wiesbaden, Mainzstr. 98
Fernsprecher 3478.

Frische Fische
Donnerstag eintreffend. Bestellungen nimmt entgegen
Frau Chr. Hagel,
Nastätten, Oberstraße.

Frühgebrannter
Weißfalk
eingetroffen und gibt ab so lange Vorrat reicht
Wilh. Gill, Nastätten.

Prachtvolle feste Büste
für jede junge Dame in nur wenigen Tagen äußerlich garantiert unbeschädigte Anwendung. Auskunst frei, nur Rückmarke erwinnt.
Frau Kürschner, Hannover
Osterstraße 56.

Palmona
frisch eingetroffen.
Sch. Schend, Nastätten.